

Aus dem Kreistag am 8. Dezember

Obwohl die Tagesordnung der Kreistags-sitzung am 8.12. nichts Aufregendes versprach, wurde es streckenweise doch munter. So hatte die AfD zur Aktuellen Stunde die Energiepreise zum Thema gemacht. Ihr Fraktionsvorsitzender Noack erklärte, die Preise seien gestiegen. Deshalb sei das Thema aktuell. Im Folgenden zählte er die Preise für Gas, Benzin und Diesel sowie die letzten Kostensteigerungen auf. Deshalb lohne es sich, darüber nachzudenken, wo die Bürger sparen könnten. Ohne wirklich Vorschläge zu unterbreiten, schwadronierte er darüber, dass er schon zwei Häuser in seinem Leben gebaut habe, das erste 1974 nach der Ölkrise. Deshalb habe er Strom als Wärmequelle gewählt, weshalb er sehr bedauerte, dass das Atomkraftwerk Stade vom Netz ging, weil danach die Strompreise stiegen. Das zweite Haus hätte jetzt alle modernen Errungenschaften, wie Brennwertkessel, Photovoltaikanlage und Wärmepumpe, die er allen Bürgerinnen und Bürgern empfahl. Danach ließ er den Kreistag wissen, dass sein Diesel 200.000 km halten werde und nur 5 l verbrauche. Welchen Nährwert dieser grenzwertige 10-minütige Auftritt für die Menschen im Kreis Pinneberg haben sollte, blieb wohl sein Geheimnis.

Anschließend gab die CDU-Fraktionschefin Heike Beukelmann namens aller anderen Fraktionen ein Statement ab, mit dem sie Noack treffend abwatschte. Der Newsletter berichtet darüber auf Seite 4.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde Lars Kuhlmann aus Tangstedt einstimmig zum Beisitzer im Flurbereinigungsgericht und Henning Schreger zum Aufsichtsrat der Regiokliniken AG gewählt.

Der Kreispräsident klagte über Probleme beim Auszählen der Abstimmungen, weil Frau Schreiber und Frau Mohnke (beide SPD) „immer wieder die Hand runter fiel“.

Der Kreistag hat unter Tagesordnungspunkt 9 beschlossen, dass die Kreisverwaltung an der Kampagne „Fairtrade Towns“ teilnehmen solle. Die AfD kritisierte, dass der Kreis Pinneberg durch dies „Fairplay“ sich in den Welthandel einmische. Man solle lieber die Weltarmut bekämpfen, indem „man regionale Produkte kaufe“. Eine Erklärung, ob regionaler Kaffee im Hofladen zu erwerben sei, blieb die AfD allerdings schuldig. Birte Glißmann erklärte für ihre Fraktion, dass die CDU zustimmen werde. Es gehe nicht darum, sich in den Welthandel einzumischen, sondern darum, dass

„wir unseren kleinen Beitrag leisten und wir uns für fairen Handel engagieren und ein Zeichen gegen die Armut in der Welt setzen“.

Mit einem gemeinsamen Antrag sorgten alle Fraktionen mit Ausnahme der AfD dafür, dass der jüdischen Gemeinde Elms-horn zur Restaurierung der Thorarolle 5.000 Euro zur Verfügung gestellt werden sollen. Einzig die AfD und der KWGP-Abgeordnete Schalhorn stimmten dagegen.

Die Geschäftsordnung wurde gegen die Stimme nur des Abgeordneten Schalhorn dahingehend geändert, dass künftig auch fraktionslose Abgeordnete auf Wunsch in Arbeitsgruppen ihres Ausschusses mitarbeiten können. Das gilt auch für Schalhorn, der, wie er selber erklärte, einmal ironisch sein wolle: Er könne sich nicht verkneifen, zu fragen, ob man sich im Ältestenrat sicher sei, dass man alle Paragraphen durchgearbeitet hätte. Er bezweifelte, dass es demokratische Spielregeln seien, wenn man ihn aus Diskussionen heraushalte, nur weil er sich manchmal kritisch äußere. Das sollte man mal so stehen lassen.

Der Kreistag beauftragte die Verwaltung, die neuen Aufgabenfelder des Katastrophenschutzes zu priorisieren und ein überarbeitetes Konzept für den Kreis vorzulegen. Die AfD stellte den Antrag, jedes Jahr den Bau von zwei Katastrophenschutz-Leuchttürmen vorzunehmen. Herr Noack (AfD) sieht den Kreis nicht gut aufgestellt. Er sagte einen Blackout (kompletten Stromausfall im ganzen Land) „sicher“ voraus, „wenn einmal keine Sonne scheine und kein Wind wehe“. Birte Glißmann (CDU) bedankte sich bei der Verwaltung für die Konzeptionierung und



Birte Glißmann

ihre Bemühungen, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen. Der Kreis könne stolz sein, dass der Katastrophenschutz so gut aufgestellt sei. Die Vorkommnisse im Sommer hätten gezeigt, dass alle an einem Strang ziehen müssten, damit der Katastrophenschutz zukunftssicher werde. Der AfD-Antrag sei widersprüchlich, da der Kreis bereits dabei sei, 6 Katastrophenschutz-Leuchttürme zu planen.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

In wenigen Tagen beginnt das neue Jahr. Gerade in Corona-Zeiten ist uns bewusst, dass der Jahreswechsel keinen Neustart bedeutet. Dennoch hoffen wir für 2022 auf die Beherrschung der Corona-Pandemie. Weihnachten ist das Fest des Friedens und der Nächstenliebe, aber auch ein Fest, das Freude und Hoffnung bringt, das neue Kräfte mobilisieren kann.

Umfragen zeigen, dass diese Pandemie auch den Wertewandel in unserer Gesellschaft beschleunigt hat, weg von Konsum und Verschwendung, hin zum Bewusstsein für Gesundheit, Umwelt und Lebensqualität. Ein Besinnen auf das Wesentliche im Leben tritt wieder in den Vordergrund. Zahlreiche Errungenschaften unserer Wohlstandsgesellschaft werden nicht mehr als selbstverständlich angesehen.

Zu meinem Bedauern konnte nicht verhindert werden, dass so viele Impfverweigerer sich durch Querdenker und die sozialen Medien, aber auch durch rechtsradikale Akteure haben indoktrinieren und fehlleiten lassen. Hier müssen wir wachsam bleiben und darauf hinwirken, dass Verschwörungstheorien nicht noch mehr Unheil anrichten. Andererseits hat mir der gesellschaftliche Zusammenhalt im Kreis und in Schleswig-Holstein imponiert, die große Disziplin und bei den meisten das Befolgen der Verordnungen und Vorschriften sowie die gegenseitige Rücksichtnahme, das Verantwortungsbewusstsein und die Hilfsbereitschaft. Hoffen wir, dass es so bleibt.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein friedvolles neues Jahr 2022.

Mit herzlichen Grüßen,
Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Weihnachtsgruß der CDU-Fraktionsvorsitzenden

Heike Beukelmann

Liebe Leserinnen und Leser,

2021 haben wir fast hinter uns gebracht. Das Coronavirus hat unser Leben in einer nicht für möglich gehaltenen Art und Weise verändert. Existenzsorgen, Vereinsamung, Zukunftsängste bei den Menschen, aber auch persönliche Verluste – sie sind für manchen zu Alltagsorgen geworden. Dennoch war es beeindruckend, wie Menschen zueinander gefunden und sich gegenseitig unterstützt haben. Viele haben mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz Älteren mit Einkäufen und Besorgungen geholfen und so eine Grundversorgung ermöglicht.

Insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kindergärten, Schulen, den Pflegediensten, Altenheimen sowie in den sozialen Treffpunkten, den zahlreichen Pflegekräften, Ärzten und allen, die im Gesundheitswesen tätig sind, müssen wir dankbar sein, aber auch den Verkäuferinnen und Verkäufern und allen in systemrelevanten Berufen, die uns in dieser Krise nicht im Stich gelassen haben. Ihre Jobs gestalteten sich durch immer wieder neue Corona-Verordnungen und Vorschriften extrem anspruchsvoll.

Auch hinter uns als Kommunalpolitiker liegt ein Jahr mit teils großen Einschränkungen, Sitzungen mit Abstand und in dicken Jacken und Mänteln wegen der geöffneten Fenster. Nachdem wir im August froh waren, endlich wieder in Präsenz zusammen kommen zu können, hat uns die Rückkehr zu Video-Konferenzen in der nötigen Kommunikation erneut stark behindert.

Was uns das Jahr 2022 bringen wird und welche neuen Herausforderungen es an uns stellt, wissen wir nicht. Mit Sicherheit wird uns die Corona-Pandemie trotz Impfstoff weiterhin einschränken und vielleicht treten auch neue Schwierigkeiten auf. Lassen Sie uns dennoch mit Zuversicht und gegenseitigem Vertrauen ins letzte Jahr vor den Kommunalwahlen gehen - es wird sich lohnen!

In jeder Krise steckt nämlich auch eine Chance und legt den Keim für neue positive Entwicklungen. Und wenn man sich das Jahr 2021 anschaut, so fällt ein Rückblick nicht nur negativ aus. So haben wir gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen für die Senkung der Kreisumlage um 1,3 Punkte auf 33,95 % gegen die Stimmen von SPD, Linken und AfD gesorgt. Mit eigenen Haushaltsbegleitbeschlüssen haben wir bewirkt, die digitale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung zu stärken und dafür gesorgt, dass Arbeitsprozesse zeitgemäß digitalisiert und Arbeitsplätze entsprechend ausgestattet werden. Im Jugendhilfeausschuss haben wir mit klugem Taktieren verhindert, dass durch zahlreiche, teils maßlose Forderungen aus dem linken Spektrum die Senkung der Kreisumlage gefährdet wurde.

Wir haben u.a. auch mit guten Ideen die Kultur aufrecht erhalten und Kulturschaffenden und Sportvereinen geholfen, über die Runden zu kommen. Wir haben den Regionalen Nahverkehrsplan für den Kreis Pinneberg fortgeschrieben, und wir arbeiten an der Neuaufstellung einer zeitgemäßen und verbesserten Krankenhausversorgung.

Gemeinsam können wir stolz auf das Erreichte zurückblicken und daraus unsere Motivation für die Zukunft schöpfen. Ich danke allen, die mit ihrem Engagement tagtäglich an unserer Fraktionsarbeit mitwirken. Einige haben weit mehr Freizeit investiert und mehr geleistet als im ehrenamtlichen Bereich eigentlich zumutbar ist. Wenn unser I-Pad uns signalisiert, dass der Akku fast leer ist, laden wir ihn wie selbstverständlich auf. Auch unser Körper meldet sich, wenn er erschöpft ist. Aber seine Warnungen werden nur allzu oft überhört. Wir sollten seine Signale genauso ernst nehmen wie die des I-Pads oder des Handys. Die bevorstehenden Feiertage bieten eine gute Gelegenheit, neue Energie zu tanken. Nutzen Sie die Weihnachts- und Neujahrspause bitte einmal für sich selbst und zur Regeneration.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine ruhige und besinnliche Zeit, ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr 2022 voller Zufriedenheit sowie Gesundheit und Energie, mit der Sie Ihre persönlichen, beruflichen und politischen Ziele wieder kraftvoll angehen können.

Herzlichst, Ihre Heike Beukelmann



Aus der CDU-Kreistagsfraktion

Gleißmann-Vorschlag angenommen

Waffenverbotszone am Elmshorner Bahnhof soll geprüft werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung hat auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig beschlossen, dass die Einrichtung einer Waffenverbotszone am Elmshorner Bahnhof und im Bereich des Holstenplatzes von der Kreisverwaltung geprüft werden soll. Schon im Oktober hatte die Kreistagsabgeordnete und Landtagskandidatin Birte Gleißmann (CDU) Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack in Kiel besucht, unter anderem, um die Möglichkeiten einer solchen Verbotszone auszuloten. Dieser Prüfauftrag sei die logische Konsequenz dieses Gesprächs.

Der Elmshorner Bahnhof und der angrenzende Steindampark stelle zweifellos einen Kriminalitätsschwerpunkt dar. Nicht nur nachts, sondern auch tagsüber fühlten sich viele Bürgerinnen und Bürger dort nicht sicher, so Gleißmann. Die Waffenverbotszone könnte wirksam dazu beitragen, dem Mitführen von Waffen und gefährlichen Gegenständen in diesem festgelegten Bereich entgegen zu wirken. Gegenstand des Prüfauftrages seien die Art der verbotenen Gegenstände und der räumliche und zeitliche Geltungsbe- reich.



Birte Gleißmann

Bereits seit 2013 gebe es in Kiel eine sogenannte Waffenverbotszone, die 2018 sogar verlängert worden sei. Gleißmann machte auf Nachfrage im Ausschuss deutlich, dass das Land im Falle Elmshorns die Befugnis zur Einrichtung einer solchen Verbotszonen auf den Kreis übertragen habe. Das wurde auch vom für die Sicherheit zuständigen Fachdienstleiter im Kreis, Uwe Koltzau bestätigt. „Deshalb war der Vorstoß von Birte Gleißmann so wichtig für die Sicherheit in Elmshorn“, erklärt Heike Beukelmann, Fraktionsvorsitzende der CDU im Kreistag. Stadt, Kreis und Land müssten jetzt an einem Strang ziehen, um das Kriminalitäts- und Gewaltproblem in den Griff zu bekommen.

Wedeler Kraftwerk: Schluss mit dicker Luft!

Schwere Fehler in der Energie- und Umweltpolitik wirft Martin Balasus, CDU-Kreistagsabgeordneter und Kandidat für den Landtagswahlkreis Pinneberg-Elbmarschen, dem rot-grünen Senat in Hamburg vor. „Wer das sauberste



Kohlekraftwerk Deutschlands vom Netz nimmt und eines der dreckigsten weiterbetreibt, macht keine glaubwürdige, effektive und nachhaltige Umweltpolitik, sondern veranstaltet schlichtweg eine Show“, so Balasus' Kritik. Eine echte Klimawende ende nicht an der Stadtgrenze. Hintergrund sei das Eingeständnis von „Hamburg-Wärme“, der Betreibergesellschaft des Kraftwerks Wedel, die versprochene Reduzierung der Kohleverfeuerung um 100.000 Tonnen pro Jahr nicht halten zu können. Die Verantwortung dafür liege beim rot-grünen Senat in Hamburg. Anfang 2021 sei mit dem Kraftwerk Moorburg die modernste und effizienteste Anlage abgeschaltet worden, während nur knapp 20 km Luftlinie entfernt das Kraftwerk Wedel die Luft weiterhin mit 1,4 Millionen Tonnen CO² belaste.

Moorburg sei erst 2015 in Betrieb genommen worden und hätte das fast 60 Jahre alte Wedeler Kraftwerk eigentlich ersetzen sollen. Die unter dem Partikelaustritt aus dem Wedeler Meiler leidenden Anwohner hätten es laut Balasus dem Hamburger Senat zu verdanken, dass weiterhin ätzende Partikel auf sie herabregneten.

Schleswig-Holsteins damaliger Umweltminister Robert Harbeck hätte sich des Themas vollmundig angenommen, aber passiert sei nichts. Das Kraftwerk sei weiter gelaufen. Auch Habecks Nachfolger Albrecht (Grüne), habe nichts bewegt, obwohl er im Koalitionsvertrag dazu aufgefordert gewesen sei. „Viel Schaumschlägerei – keine konkreten Ergebnisse“, so Balasus.

Daher fordere er Hamburgs grünen Umweltsenator auf, endlich sein Versprechen der sofortigen Kohlereduktion im Wedeler Kraftwerks-Dino zu halten, das er vor gut einem Jahr gegeben habe.

Die endgültige Abschaltung sei überfällig. Nach derzeitigen Planungen soll es erst Ende 2025 vom Netz gehen und damit später, als ursprünglich angekündigt. Das bringt Balasus auf die Palme: „Im Interesse des Klimaschutzes und der Anwohnerinnen und Anwohner fordere ich, dass die Stadt Hamburg alle Mittel und Hebel in Bewegung setzt, um Ende 2022 die aus der Zeit gefallene Technik endlich abschaltet.“

Gründerzentrum einen Schritt weiter

Fast einstimmig hat der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr den nächsten Schritt auf dem Weg zu einem Gründungs- und Technologiezentrum beschlossen.



Kreisangehörige Städte oder Gemeinden sollen Konzeptvorschläge machen. In einem Interessenbekundungsverfahren soll dann ein von der WEP mbH beauftragter Berater gemäß den Empfehlungen der Westküsten-Studie den meistgeeigneten Bewerber auswählen. Der Kreis werde sich mit bis zu 5 Mio. Euro an dem Projekt beteiligen. In den Medien wurde es leider so dargestellt, als sei die SPD die treibende Kraft. 2019 hätte die CDU angeblich noch auf der Bremse gestanden. Richtig ist, dass einer der engagiertesten Fürsprecher der CDU-Wirtschaftssprecher Torsten Hauwetter ist und die SPD damals überhaupt noch keinen richtigen Plan hatte. Anstelle dessen wollte sie pauschal 5 Mio. Euro in den Doppelhaushalt einstellen. Dadurch wäre eine nennenswerte Senkung der Kreisumlage schlicht unmöglich geworden. Erst durch das Engagement der WRV-Teilfraktion der CDU wurde das Verfahren auf solide Beine gestellt. Hauwetter, der auch Aufsichtsratsvorsitzender der WEP ist, begrüßt, dass der Kreis für dieses zukunftsweisende Projekt die Expertise der WEP nutzen werde. Entscheidend dafür, ob das Gründerzentrum eines Tages die Wirtschaft im Kreis ankurbeln werde, sei aber, dass alle Fraktionen dahinter stehen und es gemeinsam vorantreiben, wenn auch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit.

Herzlichen Glückwunsch

Zwei absolute Leistungsträgerinnen unserer Kreistagsfraktion feiern bzw. feierten im Dezember Geburtstag:

Birte Glißmann und Britta Krey



Birte Glißmann engagiert sich insbesondere im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und kandidiert im kommenden Jahr im Wahlkreis Elmsborn für den Schleswig-Holsteinischen Landtag.



Britta Krey gehört dem Fraktionsvorstand an und engagiert sich im Hauptausschuss. Darüber hinaus bekleidet sie das Amt der Finanzausschussvorsitzenden.

Der NewsLetter und natürlich die gesamte Fraktion gratulieren sehr herzlich zu diesem Ehrentage und wünschen im neuen Lebensjahr gute Gesundheit, Glück, viel Zufriedenheit und dass beide auch künftig die Dinge, die ihnen Freude bereiten und ihr Leben bereichern, in vollen Zügen genießen können.

Sie haben es sich verdient!

Das musste mal gesagt werden

Einmal mehr hat die AfD-Fraktion eine „Aktuelle Stunde“ im Kreistag beantragt, die zu Verstimmung bei allen anderen Fraktionen führte. Weniger das Thema als vielmehr die Art und Weise, wie es dazu kam, veranlasste alle anderen 6 Fraktionen, sich nicht zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort zu melden. Einzig die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann wurde gebeten, in einem Statement zu dem Tagesordnungspunkt eine Erklärung abzugeben. Sie führte aus, dass die AfD als Antragstellerin schlicht und einfach eine in der Fraktionsvorsitzenden-Runde getroffene Vereinbarung gebrochen habe.

Seinerzeit sei der Kreistag noch als Präsenzsitzung geplant gewesen. Alle Fraktionen hätten sich darauf geeinigt, wegen der steigenden Infektionsgefahr und der ohnehin schon überladenen Tagesordnung darauf zu verzichten, ein Thema zur Aktuellen Stunde anzumelden. Alle Fraktionen seien sich damals einig gewesen, und auch der Fraktionsvorsitzende der AfD, Herr Noack habe – genau wie alle anderen auch – die Vereinbarung abgenickt.

Nur wenige Tage danach sei von ihm dann dieses Thema angemeldet und damit die getroffene Vereinbarung doch gebrochen worden. Demokratisches Miteinander sehe anders aus, so Heike Beukelmann.

Die AfD beklage sich permanent, dass sie von den Gesprächen und Vereinbarungen der Fraktionen ausgeschlossen wären. Ganz offensichtlich träfe das zumindest in diesem Fall aber nicht zu. Mit ihrem Verhalten hätte die AfD sich selbst ausgegrenzt.

Außerdem werde das von der AfD zur aktuellen Stunde angemeldete Thema seit Jahren in der Politik und der Gesellschaft diskutiert und die Öffentlichkeit vermutlich auch noch in den kommenden Jahren beschäftigen.

Plötzlich aktuell sei es aber mitnichten. Daran ändere auch Herrn Noacks persönliche Erklärung nichts, und seine höchst persönlichen Erfahrungen gehörten ganz sicher auch nicht in die „Aktuelle Stunde“, so Heike Beukelmann. Aus ihrer Sicht wäre es sinnvoller gewesen, das Thema im Fachausschuss zu behandeln.

TERMINE:

Montag, 10.01.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes

Mittwoch, 12.01.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion

Montag, 17.01.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes

Dienstag, 18.01.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr

Mittwoch, 19.01.2022, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses

Mittwoch, 19.01.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion

Donnerstag, 20.01.2022, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses

Montag, 24.01.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes

Mittwoch, 26.01.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion

Donnerstag, 27.01.2022, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung

Montag, 31.01.2022, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes

Alle Sitzungen werden bis auf weiteres als Lifesize-Videokonferenzen durchgeführt. Sollte es zu Änderungen kommen, werden wir dies im nächsten NewsLetter mitteilen.



IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, B. E. Tiemann, Kr. Pinneberg

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de